

Entschuldigung und Entschädigung gefordert

Kein Ende der Diskriminierung der von Berufsverboten Betroffenen in Baden-Württemberg

Seit Januar 2012 – 40 Jahre nach Inkraftsetzung des sogenannten Radikalenerlasses – sind überall in der Bundesrepublik ehemals von einem Berufsverbot Betroffene aktiv geworden, um drei Forderungen durchzusetzen: eine Entschuldigung der politisch Verantwortlichen für das ihnen und ihren Familien zugefügte Unrecht, ihre staatsbürgerliche Rehabilitierung und materielle Entschädigung für diejenigen, die durch Berufsverbotsmaßnahmen unverschuldet in Altersarmut geraten werden oder schon sind. Die Bremer Bürgerschaft und der Landtag von Niedersachsen sind diesen Forderungen zumindest insoweit nachgekommen, als sie sich – mit allen Fraktionen – entschuldigten und weitere Schritte in Angriff nahmen.

Entsprechendes forderten die Leidtragenden am Mittwoch nachmittag erneut auch in Baden-Württemberg. Immerhin regiert dort seit 2011 die erste

von Grünen geführte Regierung unter Winfried Kretschmann, ehemals selbst Betroffener. Die Kundgebung hat eine lange Vorgeschichte: Nach drei Jahren des Hingehaltenwerdens hatten sich im Jahr 2014 am »Tag der Menschenrechte«, dem 10. Dezember, ehemals Betroffene vor dem Stuttgarter Landtag zu einer Protestveranstaltung versammelt. Dies zeigte erste Erfolge. Seit Juni 2015 sprach man mit ihnen. Ein »runder Tisch« mit drei Abgeordneten, zwei von den Grünen und eine von der SPD sowie Vertretern der Betroffenen trat dreimal zusammen – allerdings ohne konkrete Ergebnisse. Die Ankündigung, im letzten Landtagsplenum der Legislaturperiode – also am vergangenen Mittwoch – solle ein Antrag für eine Entschuldigung eingebracht werden, wurde nicht eingehalten.

Auf Einladung der Initiativegruppe »40 Jahre Radikalenerlass« und der VVN-BdA versammelten sich deshalb

mehr als 30 ehemals Betroffene und etwa 50 Unterstützer vor dem Stuttgarter Landtag. Sie begründeten das Motto ihrer Kundgebung »Schämt euch!« und erneuerten ihre Forderungen nach Entschuldigung, Rehabilitierung und angemessener materieller Entschädigung. Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der Partei Die Linke in Baden-Württemberg, berichtete über eigene Repressionserfahrungen in seiner Zeit als Jugendvertreter und solidarisierte sich mit den Anliegen. Grußadressen und Solidaritätserklärungen von ver.di, IG Metall – darunter ein Brief des Bezirksleiters Roman Zitzelsberger an Ministerpräsident Kretschmann – und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) rundeten die Veranstaltung ab.

Eine baden-württembergische Besonderheit – neben den in den 1980er Jahren exzessiv praktizierten Ausbildungsverboten – stellt die aktuell fortge-

setzte Bespitzelung des Realschullehrers und aktiven Antifaschisten Michael Cszakóczy dar. Trotz eines Urteils des Verwaltungsgerichts Baden-Württemberg, aufgrund dessen er 2007 nach vier Jahren gerichtlicher Auseinandersetzungen eingestellt werden musste und sogar eine Entschädigung erhielt, wird er seither weiter und sogar verschärft vom Verfassungsschutz überwacht. Unter Verweis auf die jahrzehntelange Bespitzelung beispielsweise linker Lehrer durch diesen Inlandsgeheimdienst einerseits und andererseits die Unterstützung des rechten Terrornetzwerks NSU wurde die sofortige Auflösung des Verfassungsschutzes gefordert. Einigkeit bestand darüber, dass – unabhängig vom Ausgang der bevorstehenden Landtagswahl im März – der Kampf um Entschuldigung, Rehabilitierung und materielle Entschädigung weitergeführt wird.

Christina Lipps

■ Siehe Seite 8